

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 1. Tagung
16./17. Januar 2021

Antrag A1 NEU

Antragssteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Berlin für Alle

2 Wir stehen neun Monate vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag, dem Berliner Abgeordnetenhaus
3 und den Bezirksverordnetenversammlungen. Die Berlinerinnen und Berliner werden darüber
4 entscheiden, welchen Weg die Politik in unserer Stadt in den nächsten Jahren gehen wird. Die Frage
5 „Wem gehört die Stadt?“ hat dabei auch vor dem Hintergrund der Pandemie und ihrer sozialen und
6 ökonomischen Folgen nichts an Aktualität verloren. Sie ist dabei mehr als die konkrete Frage nach dem
7 Eigentum, sie ist auch die Frage danach, für wen unsere Stadt da ist, wer an ihr teilhaben kann und was
8 sie für uns alle ausmacht. In der Politik werden dabei täglich Entscheidungen getroffen, die die Frage in
9 die eine oder die andere Richtung beantworten können. Deswegen ist es nicht egal, wer regiert und für
10 welche Partei sich die Berlinerinnen und Berliner im nächsten Jahr entscheiden.

11 Berlin ist eine Stadt voller Widersprüche. Die Stadt ist lebendig, bunt und international. Viele finden hier
12 eine Nische, eine Subkultur und Möglichkeiten sich zu entfalten. Andererseits wird die Obdachlosigkeit
13 sichtbarer, Verkehrsprobleme wachsen, die gefühlte Sicherheit leidet, die Verdrängung von Mieterinnen
14 und Mietern oder von kleinem Gewerbe und Künstler*innen und Kreativen aus dem Kiez und den
15 Freiräumen der 90er Jahre nimmt zu. Wir wollen die Vielfalt Berlins erhalten und gemeinsam mit den
16 Berlinerinnen und Berlinern den sozialen Zusammenhalt stärken. Die Corona-Pandemie und die damit
17 einhergehende Krise haben unser Gemeinwesen einem Stresstest unterzogen. Wie im Brennglas wurde
18 deutlich, welchen unschätzbaren Wert unsere kulturelle und soziale Infrastruktur, eine funktionierende
19 Verwaltung und ein gut ausgestattetes Bildungs-, Gesundheits- und Wissenschaftssystem für unsere
20 Stadt haben. Mit dem Aussetzen der Schuldenbremse, mit milliardenschweren
21 Unterstützungsprogrammen für Wirtschaft und Kultur und auch mit dem Schutz von Mieterinnen und
22 Mieter hat die Politik in Berlin gezeigt, dass sie handeln kann. Das gemeinsame Handeln beim Kampf
23 gegen die Pandemie, aber auch die Unterstützung der Menschen, als Krankenschwester, Busfahrerin,
24 Verkäuferin, bei den Wasserbetrieben und in der Energieversorgung, bei der Polizei und Feuerwehr,
25 genauso wie in den Gesundheits- und Jugendämtern und an vielen Stellen mehr die Stadt am Laufen
26 halten und für uns alle da waren, hat uns gezeigt, zu welcher Solidarität die Menschen fähig und willens
27 sind. Auf diesen Zusammenhalt wollen wir auch in Zukunft setzen und aus der Krise die Lehre
28 mitnehmen, dass die Politik diese Stadt mit den Menschen und für die Menschen zu verändern ist.

29 Den Plan für ein soziales und ökologisches Berlin fortschreiben

30 DIE LINKE hat in den letzten Jahren im Senat in vielen Politikfeldern den Unterschied gemacht. Vor fünf
31 Jahren haben wir in unserem Wahlprogramm unseren Plan für Berlin formuliert: „Es geht um die
32 Bereitstellung bezahlbaren und energieeffizienten Wohnraums, was nur gelingt, wenn sich die
33 Wohnungspolitik grundlegend ändert. Es geht um Bekämpfung der Armut und der Ausgrenzung. Es geht
34 um die Energieversorgung der Zukunft, den Umbau hin zu einer weitgehenden Versorgung mit
35 erneuerbaren Energien. Es geht um eine Verkehrswende, die Mobilität auch ohne Auto ermöglicht. [...]

36 damit sich die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt weiter verbessert. Wir wollen, dass Berlin
37 Vorbild und Vorreiter für notwendige gesellschaftliche Veränderungen wird.“ – Und wir haben in vielen
38 Bereichen geliefert, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken und unsere Kieze zu
39 erhalten:

- 40 • Wir haben mit dem **Mietendeckel** den Mietenwahnsinn gestoppt und den Mieterinnen und
41 Mietern eine Verschnaufpause verschafft. Damit ist Berlin beispielgebend für andere
42 Metropolen und Regionen wie etwa Katalonien und London.
- 43 • Wir haben den Bau **neuer Wohnungen** in Berlin deutlich gesteigert. Es wird so viel gebaut wie
44 seit Jahren nicht. Wir werden den Neubau bezahlbarer Wohnungen weiter vorantreiben. Den
45 Ausverkauf von städtischen Grundstücken haben wir gestoppt.
- 46 • Wir haben den Ankauf von mehr als 20.000 Wohnungen durch die kommunalen
47 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften unterstützt und damit der Spekulation
48 entzogen.
- 49 • Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir neu ausgerichtet und auf die Schaffung
50 und Bereitstellung von leistbarem Wohnraum verpflichtet.
- 51 • Wir haben als einzige Regierungspartei das Volksbegehren „**Deutsche Wohnen & Co.**
52 **enteignen**“ unterstützt und im Senat durchgesetzt, dass die Initiative das Volksbegehren im
53 Frühjahr fortsetzen kann. Wir werden die zweite Stufe der Unterschriftensammlung als LINKE
54 tatkräftig unterstützen.
- 55 • Wir haben den Preis des **Sozialtickets** deutlich abgesenkt, so dass mehr Menschen mit
56 geringen Einkommen Bus und Bahn nutzen können. Mit dem **kostenlosen Schülerticket** sind
57 Kinder nun nicht mehr auf reiche Eltern angewiesen, um sich in der Stadt frei zu bewegen. Wir
58 arbeiten weiter am Ausbau des ÖPNV zu bezahlbaren Preisen, um den privaten PKW in der Stadt
59 überflüssig zu machen und die Berliner Luft und das Klima zu schützen.
- 60 • Wir haben das **Berliner Stadtwerk** aufgebaut, mit dem Berlinerinnen und Berliner sauberen
61 Strom zu einem bezahlbaren Preis nutzen können, und damit einen Beitrag zum Klimaschutz
62 geleistet. Wir werden weiter daran arbeiten, die Netze und Infrastrukturen in die Hand der
63 Berlinerinnen und Berliner zurückzuholen.
- 64 • Wir haben den **Landesmindestlohn** auf 12.50 Euro erhöht und das **Vergabegesetz** erneuert,
65 damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wer Aufträge für das Land Berlin ausführt, muss
66 seine Leute anständig bezahlen und soziale wie ökologische Kriterien erfüllen. Das ist gute
67 Arbeit.
- 68 • Das **kostenlose Mittagessen** für Schülerinnen und Schüler schafft endlich die sozialen
69 Unterschiede bei der Versorgung in der Schule ab und lässt niemanden allein. Kein Kind soll
70 hungrig im Unterricht sitzen.
- 71 • Wir haben der **Obdachlosigkeit** in der Stadt den Kampf angesagt. Wir bauen die Hilfsangebote
72 für obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen aus. Mit der Gesamtstädtischen
73 Steuerung der Unterbringung (GStU) wird es möglich, Menschen über Behördengrenzen hinweg
74 schnell und gut ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Niemand soll in Berlin mehr auf der
75 Straße schlafen müssen.
- 76 • **Menschenwürde** ist für uns nicht an Herkunft oder Geldbeutel geknüpft. Wir haben die
77 Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beendet und die Kältehilfe für
78 obdachlose Menschen in den Wintermonaten massiv ausgebaut. Die Politik in Berlin muss sich
79 daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten in unserer Stadt umgeht.

- 80 • Wir haben die **Kulturmetropole Berlin** für viele erlebbarer und sozialer gemacht - mit besseren
81 Zugängen zum 3-Euro-Ticket, mit Tarifen und Mindesthonoraren für Künstler*innen und der
82 Verdopplung der Bezirkskulturfonds.
- 83 • Mit dem ersten **Bibliotheksentwicklungsplan** seit 25 Jahren und mit einer Entscheidung für
84 eine neue **ZLB** starten wir gut vorbereitet in eine nächste Legislatur und stellen die
85 meistbesuchten Kultureinrichtungen der Stadt und ihre unverzichtbaren sozialen Funktionen in
86 den Mittelpunkt.
- 87 • Deutlich mehr festangestellte Lehrer*innen und höhere Honorare in den **Musikschulen** der
88 Stadt sind eine gute Ausgangsposition, um diese unverzichtbaren Einrichtungen in der ganzen
89 Stadt zu stärken; mit mehr Geld für **Kinder- und Jugendtheater** ist der Schwerpunkt kulturelle
90 Bildung als gesellschaftliche Aufgabe untersetzt worden,
- 91 • Der Verdrängung von Künstler*innen und Kreativen haben wir ein **Arbeitsraumprogramm und**
92 **ein Kulturraumbüro** entgegengesetzt, wir schaffen damit Arbeitsplätze und erhalten das
93 kreative Klima in unserer Stadt.

94 **Wir bleiben alle – unser Kampf gegen Verdrängung und für lebenswerte Kieze**

95 Berlin ist eine dezentrale Metropole und unterscheidet sich damit bisher deutlich von anderen
96 Weltstädten. Die Zentren von Paris, London und New York Berlin gleichen Geisterstädten in denen nur
97 noch Platz für Banken und die vermeintlich Schönen und Reichen ist. Berlin ist anders und dies macht
98 unsere Stadt so einzigartig. Unsere Stadt lebt von den Nachbarschaften, den Kiezen und Stadtteilen.
99 Doch diese Eigenheit von Berlin steht unter Druck. Unser Ziel ist es, dass die Kieze in unsere Stadt
100 lebenswert bleiben. . Wir machen Stadtentwicklungspolitik als eine Politik für die Vielfalt und für die
101 Freiräume.

102 Die Berliner Bezirke und Stadtteile leben immer noch von ihrer Durchmischung: Hartz-IV-Beziehende
103 leben dort Tür an Tür mit der Busfahrerin, dem alleinerziehenden Krankenpfleger, der IT-Spezialistin,
104 den Studierenden, der Rentnerin, der türkischen Familie in dritter Generation und dem Beamten. Sie
105 alle brauchen Infrastruktur, braucht Nahversorgung, Läden, Kneipen und Restaurants, Spätis, Jugend-
106 und Seniorenzentren, KiTas, Bibliotheken, soziale Beratung, Arztpraxen und Grün- und Spielflächen.
107 Gerade die Erfahrung der Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, welche Bedeutung die Kieze
108 haben.

109 Doch unsere Stadtteile stehen immer stärker unter Druck. Explodierende Gewerbemieten bedrohen
110 kleine Betriebe im Einzelhandel genauso wie Kitas **(mod. ÜB ÄA1.1 TEMPELHOF-SCHÖNEBERG)**
111 **Nachbarschaftszentren, alternative Kulturprojekte, Jugendeinrichtungen** und die
112 Kreativbranche, steigende Wohnungsmieten verdrängen alte und neue Bewohnerinnen und Bewohner.
113 Die Errichtung von Luxuswohnungen und Shopping-Malls, die Umwandlung von Miet- in
114 Eigentumswohnungen verändern das Gesicht unserer Nachbarschaften. Hier wird die Frage, wer
115 zukünftig noch zu unserer Stadt gehört und wer nicht, immer greifbarer. Gegen diesen Trend gründen
116 sich immer mehr Kiez-Initiativen und die Berlinerinnen und Berliner wehren sich gegen die Spaltung, die
117 in ihre Heimat getragen wird. Als LINKE unterstützen wir solche Initiativen, wenn Menschen sich gegen
118 Verdrängung und die Spaltung in arm und reich einsetzen. **(mod. ÜN ÄA1.3, BV TEMPELHOF-**
119 **SCHÖNEBERG)** Wir werden uns mit Verdrängung und Zwangsräumungen von Mieter:innen und von
120 Kultur-, Kinder und Jugendzentren auch weiterhin nicht abfinden.

121 Der Einsatz für bezahlbare Mieten, für gute Löhne und sichere Jobs, für Grünflächen und Freiräume für
122 Kunst und Kultur vor Ort, also für lebenswerte Kieze ist dabei unser Weg für mehr gesellschaftliches
123 Miteinander und gegen die Spaltung in unserer Stadt. Die Berliner Politik muss sich in den nächsten
124 Jahren daran messen lassen. **(mod. ÜN ÄA1.4, BV TEMPELHOF-SCHÖNEBERG)** Insbesondere bei
125 selbstverwalteten Kultur- und Jugendzentren muss der politische Druck auf private Vermieter und
126 Investoren genauso wie auf den Finanzsenat verstärkt werden, um wichtige soziale und kulturelle
127 Projekte der Stadt zu erhalten und bei erfolgter Verdrängung diesen Projekten alternative
128 Räumlichkeiten z.B. in Räumen der Liegenschaften der BIM oder in Gebäuden der öffentlichen
129 Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen.

130 Denn nur eine funktionierende Stadt ist eine soziale Stadt - auch das hat uns die Pandemie noch einmal
131 eindringlich vor Augen geführt. Personal und Ausstattung des öffentlichen Sektors, in Bezirken,
132 Krankenhäusern, Kultureinrichtungen, KiTas und Schulen, aber auch im ÖPNV und bei den Unternehmen
133 der Daseinsvorsorge wollen wir weiter ausbauen.

134 **(mod. ÜN ÄA1.5, OV Friedrichshain-Nordost u.a.)** Wir treten für die Kommunalisierung der Berliner
135 S-Bahn GmbH ein, um künftig auf Ausschreibungen der S-Bahn-Leistungen verzichten zu können. Die
136 Kommunalisierung soll über den Aufbau eines landeseigenen Unternehmens zum Betrieb der Berliner
137 S-Bahn oder den Einstieg der Bundesländer Berlin und Brandenburg in die S-Bahn Berlin GmbH erfolgen.
138 Verhandlungen mit der Deutschen Bahn und der Bundesregierung müssen schnellstmöglich starten.
139 Durch die derzeitige Ausschreibung in Betrieb in Teilnetzen, Fahrzeugbeschaffung und Instandhaltung
140 besteht die Gefahr, dass der Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten und der Fahrgäste
141 ausgetragen wird. Dies lehnen wir ab. Eine Zerschlagung der S-Bahn und den Einzug weiterer privater
142 Kapitalinteressen wollen wir im Sinne der Millionen Fahrgäste der Berliner S-Bahn und der Beschäftigten
143 verhindern.

144

145 **Sozial-ökologischer Weg Berlins mit einer starken LINKEN fortschreiben**

Nach dann fünf Jahren in Regierungsverantwortung gehen wir als Berliner LINKE zuversichtlich in den
nächsten Wahlkampf. Wir haben die Stadt und ihre Politik sichtbar verändert. Wir haben deutliche
soziale Verbesserungen für die Berlinerinnen und Berliner erreicht und **(ÜN ÄA1.2 BV TEMPELHOF-
SCHÖNEBERG)** und sind die politische Kraft, die der wachsenden Spaltung in Arm und Reich
entgegentritt. Wir sind im Wissen um die sozialen und ökologischen Probleme angetreten, haben
Lösungen erarbeitet und diese auch durchgesetzt. Wir als LINKE gestalten Berlin mit einer klaren Vision
einer lebenswerten Stadt für alle, in der jede und jeder einen Platz hat. Wir setzen uns auf diesem Weg
anspruchsvolle, aber realistische Ziele und setzen diese um.

146 Dabei sind wir nah an den Alltagsproblemen der Berlinerinnen und Berliner. Wir sind ansprechbar in den
147 Kiezen und kümmern uns um auch um die kleinen Sorgen in der Stadt.

148 Bezahlbare Mieten bleiben auch im nächsten Jahr die zentrale politische Herausforderung. DIE LINKE
149 hat in diesem zentralen Feld mit Katrin Lompscher eine wirkliche Wende in der Stadtentwicklungspolitik
150 eingeleitet. Mit Sebastian Scheel setzen wir diesen Weg konsequent fort. Der Ausbau des
151 Wohnungsbestands in öffentlicher Hand bleibt unser Ziel. Das sozialpolitische Stückwerk des
152 Vorgängersensats von SPD und CDU haben wir beendet.

153 Mit Elke Breitenbach hat die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wieder eine erkennbare Ausrichtung
154 bekommen. Den klaren Einsatz für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten und die

155 dauerhafte Hilfe für obdachlose Menschen sowie für Arbeit von der man leben kann, hätte es ohne DIE
156 LINKE nicht gegeben.

157 **Wir wollen gewinnen**

158 Unser Bürgermeister und Kultursenator Klaus Lederer ist einer der profiliertesten Berliner Politiker. Er
159 hat bewiesen, dass er die vielfältigen Milieus und Lebenswelten unserer Stadt zusammenhalten kann –
160 insbesondere in Zeiten der Corona-Krise. Der Einsatz für kulturelle Einrichtungen von der Hochkultur
161 über die Clubs bis zum Stadtteiltheater, der Jugendmusikschule oder dem Band-Probenraum im Kiez ist
162 ein zentraler Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt jenseits einer um sich greifenden
163 Profitlogik.

164 Es war und ist DIE LINKE, die in diesen schweren Zeiten den Fokus immer wieder auf die Bewältigung
165 der sozialen Folgen der Pandemie gelegt hat. Nie wurde in unserer Stadt deutlicher, wie sehr die
166 Menschen auf einen funktionierenden öffentlichen Gesundheitsdienst, auf leistungsfähige
167 Gesundheitsversorgung, funktionierende Schulen und Kitas und öffentliche Infrastrukturen angewiesen
168 sind. In Zeiten der Krise wird deutlich, wie wichtig der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist. Dafür
169 werden wir im nächsten Jahr streiten.

170 Zum jetzigen Zeitpunkt ist offen, welche Mehrheiten nach der nächsten Wahl zum Tragen kommen
171 werden. Klar ist allerdings schon jetzt:: nur mit einer starken LINKEN wird der eingeschlagene Berliner
172 Weg einer sozialen und ökologischen Alternative, einer Stadt für Alle, fortgesetzt werden.

173 Seit vier Jahren sind wir in allen Bezirksverordnetenversammlungen in Fraktionsstärke vertreten. Diesen
174 Erfolg wollen wir im nächsten Jahr noch steigern und in weiteren Bezirken in die Bezirksämter einziehen.
175 Wir wollen in unseren Hochburgen stärkste Kraft bleiben und weiter mit linken
176 Bezirksbürgermeister*innen und mit weiteren linken Stadträt*innen für eine sozial-ökologische Politik
177 vor Ort Verantwortung übernehmen.

178 Bei der Bundestagswahl wollen wir unsere vier Direktwahlkreise verteidigen und in Friedrichshain-
179 Kreuzberg und Mitte direkt in den Bundestag einziehen. Mit einem starken Ergebnis für DIE LINKE in
180 Berlin werden wir den Politikwechsel in der Bundespolitik vorantreiben.

181 Unsere Wahlprogramme – unsere Vorschläge für ein besseres Berlin – auf Landes- und Bezirksebene
182 erarbeiten wir derzeit im Austausch mit Gewerkschaften, Initiativen und fachpolitischen Akteuren. Wir
183 vertrauen auf die Ideen und das große Engagement der Vielen in unserer Stadt und wollen mit ihnen
184 gemeinsam die Stadt verändern. Deswegen stehen wir als einzige der Berliner Parteien fest an der Seite
185 der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und werden diesen großartigen Kampf mit all unseren
186 Mitgliedern unterstützen.

187 Wir kämpfen im nächsten Jahr mit aller Kraft für eine Stadtpolitik, die Gestaltungshoheit für die
188 Berlinerinnen und Berliner zurückgewinnt damit die Stadt wieder denen gehört, die hier leben. Wir
189 wollen, dass sich Politik in Berlin um alle Menschen in der Stadt kümmert und niemanden zurücklässt.
190 Wir wollen, dass Berlin anders bleibt.

191 Begründung:

192 Erfolgt mündlich